

■ STELLUNGNAHME DES PRÄSIDIUMS UND DER KOMMISSION FÜR LANDESBIBLIOTHEKEN DER VEREINIGUNG ÖSTERREICHISCHER BIBLIOTHEKARINNEN UND BIBLIOTHEKARE (VÖB) ZUM VORSCHLAG DER ÖSTERREICHISCHEN NATIONALBIBLIOTHEK (ÖNB) ZUR NOVELLIERUNG DES MEDIENGESETZES – AUSWEITUNG DER PFLICHTABLIEFERUNG ELEKTRONISCHER MEDIENINHALTE AUF LANDES- UND UNIVERSITÄTSBIBLIOTHEKEN

Vorbemerkung

Die öffentlichen wissenschaftlichen Bibliotheken Österreichs dienen mit ihrer Sammlungstätigkeit dem freien Zugang zu Bildung und Information, der Vermittlung und Zurverfügungstellung von Literatur auf verschiedensten Datenträgern sowie der Archivierung und Bewahrung von Kulturgütern. Eine wesentliche staatliche Hilfe zur Erfüllung dieses bibliothekarischen Bildungs- und Archivierungsauftrages ist die im geltenden Mediengesetz gewährte Wahrnehmung des Pflichtexemplarrechts bei Druckwerken und sonstigen Medienwerken (digitale Offline-Medien). Für die Sammlung und Ablieferung periodischer elektronischer Medien (Websites, „wiederkehrende elektronische Medien“, d.h. E-Journals e-only) wurden im Wesentlichen der ÖNB medien-gesetzliche Berechtigungen eingeräumt.

In Folge der raschen Medienentwicklung und der wachsenden Bedeutung digitaler Online-Publikationen ist die mediengesetzliche Ablieferungspflicht aber nunmehr den neuen Publikationsformen anzupassen, um eine moderne und vollständigere Sammlung und Bewahrung der Medieninhalte durch die Bibliotheken zu gewährleisten. Die Sammlung und Ablieferung sollte daher grundsätzlich auf weitere elektronische Medieninhalte ausgeweitet und analog den Druckwerken auch für Bibliotheken mit jeweils regionalem Wirkungsbereich ermöglicht werden.

Vorschlag der Österreichischen Nationalbibliothek (ÖNB)

Im Rahmen der Pflichtablieferung sieht das Mediengesetz BGBl. Nr. 314/1981 idF BGBl. I Nr. 8/2009 vor, dass digitale Medieninhalte nur dann an die ÖNB abzuliefern sind, wenn sie in periodischen elektronischen Medien enthalten sind und nicht in identischer oder weitgehend identischer Form bereits abgeliefert werden. Für nicht-periodische elektronische Medi-

en wie z.B. E-Books sowie für „Hybridpublikationen“ besteht kein gesetzlicher Anspruch auf eine Ablieferung der digitalen Medieninhalte. Die ÖNB schlägt daher folgende mediengesetzliche Neuregelung der Sammlung und Ablieferung elektronischer Medien vor:

- Ausweitung auf nicht-periodische elektronische Medien (z.B. E-Books), also auf Medieninhalte, die nicht nur in periodischen elektronischen Medien enthalten sind;
- Ausweitung auf Medien, die mit identem Inhalt sowohl in gedruckter als auch in digitaler Form erscheinen („Hybridpublikationen“), also unabhängig von bzw. zusätzlich zu einer bereits bestehenden Ablieferungspflicht in gedruckter Form.
- Dafür im Druckbereich Reduktion der Ablieferungspflicht von zwei auf ein Exemplar sowie Berechtigung der ÖNB, bei Bedarf ein zweites gedrucktes Exemplar anzufordern.
- Berechtigung der ÖNB, im Bereich der periodischen elektronischen Druckwerke, der Plakate, der Kleindruckwerke und bei on-Demand gänzlich auf ein Druckexemplar zu verzichten.

Vorschlag von Präsidium und Kommission für Landesbibliotheken der VÖB

Das Präsidium und die Kommission für Landesbibliotheken der VÖB begrüßen und unterstützen vollinhaltlich die Gesetzesinitiative der ÖNB. Dies allerdings mit der wesentlichen Ergänzung, dass die sich aus der Novellierung ergebenden Rechtsansprüche der elektronischen Sammlung analog den bisherigen Bibliotheksstückeregelungen für Druckwerke und sonstige Medienwerke auch für die schon bisher durch Verordnung zu bestimmenden Universitäts-, Studien- und Landesbibliotheken, also für alle weiteren pflichtexemplarnehmenden Bibliotheken, gewährleistet sein müssen:

Sammlung und Ablieferung elektronischer Medien

- *Regionaler Wirkungsbereich:*
Medieninhaber eines elektronischen Mediums (E-Books, E-Journals, Online-Datenbanken „in technischer Weiterentwicklung von Druckwerken“) haben dessen Medieninhalte an die ÖNB sowie an die durch Verordnung zu bestimmenden Universitäts-, Studien- und Landesbibliotheken und die sonstigen pflichtexemplarnehmenden Bibliotheken abzuliefern, wenn der Medieninhaber des betroffenen Mediums seinen Sitz im regionalen Wirkungsbereich der betref-

fenden Bibliothek hat. Diese Ablieferungspflicht an die berechtigten Bibliotheken besteht gleichfalls für Medieninhalte, welche bereits in identischer oder weitgehend identischer Form abgeliefert werden. Es sollte wenigstens eine öffentliche wissenschaftliche Bibliothek pro Bundesland in die Erweiterung der elektronischen Pflichtabgabe mit einbezogen werden.

- *Sammelberechtigung statt Sammelpflicht:*
Die Ablieferungspflicht entsteht für die durch Verordnung zu bestimmenden Universitäts-, Studien- und Landesbibliotheken erst mit deren schriftlicher Aufforderung an den Medieninhaber.
- *Sicherung der Zurverfügungstellung der elektronischen Bibliotheksstücke an die berechtigten Bibliotheksbenutzer:*
Mit den elektronischen Bibliotheksstücken erhalten die zur Sammlung berechtigten Bibliotheken das Recht auf bibliothekarische Zurverfügungstellung sowie das Archivrecht. Dabei ist ein institutionell benutzeridentifizierter – Basis IP-Prüfung – remote access mit mindestens einem concurrent user zu gewährleisten.
- Gleichzeitig könnte auch bei Universitäts-, Studien- und Landesbibliotheken die per Verordnung festgelegte Ablieferungspflicht im Druckbereich stückmäßig reduziert werden, wenn die betreffenden pflichtexemplarnehmenden Bibliotheken dies für sinnvoll erachten.
- In den Begriffsbestimmungen wären die Begriffe „E-Books“ und nicht-periodische „Online-Datenbanken“ auf der Basis „elektronische Datenträger in technischer Weiterentwicklung von Druckwerken“ als „digitalisierte Form von Inhalten“ nachhaltig rechtswirksam zu definieren.
- Im Urheberrecht sind Standards für den Bibliotheksverleih elektronischer Medien zu schaffen.

Für die Vereinigung Österreichischer Bibliothekarinnen und Bibliothekare (VÖB),

im Juni 2013

Dr. Harald Weigel Dr. Gerhard Zechner